

Zusammenhalten, was zusammen gehört

Wirtschaftspolitischer Erfolg braucht Verteilungskompetenz

Der Sommer 2014 beschert uns eine wichtige Debatte: Die um die wirtschaftspolitische Kompetenz der SPD. Um es gleich klarzustellen: Natürlich braucht die SPD wirtschaftliche Kompetenz. Sogar mehr wirtschaftliche Kompetenz. Und sie muss sie stärker herausstellen, wenn sie erfolgreich sein will. Das alles ist keine Frage - und trotzdem bleibt richtig: Wir sind die Partei für Gerechtigkeit. *Das* ist die Kernkompetenz der SPD und vor allem auch ihre Kernaufgabe in den modernen Gesellschaften dieser Tage, die in den Fragen von Gerechtigkeit und Chancengleichheit immer vormoderne werden! Darum beharrt die Sozialdemokratie richtigerweise auf Solidarität und Gerechtigkeit.

1. Wirtschaftspolitische Kompetenz: Die Begriffe klären

Die SPD arbeitet auch deshalb an ihrer wirtschaftspolitischen Kompetenz, weil sie immer auch die Partei des Fortschritts, der Zukunft, der Innovation und natürlich der Arbeit war und ist. Nicht aus dem Blick geraten darf dabei allerdings, dass Wachstum und Verteilung zusammen gehört, denn in modernen Gesellschaften und einer dynamischen Industrie- und Dienstleistungsökonomie ist beides immer stärker miteinander verschränkt. Lassen wir uns weder falsche Gegensätze aufzwingen noch sie selber herbeireden.

Was aber ist wirtschaftliche Kompetenz? Standortpolitik? Subventionen? Steuersenkung für Konzerne? Schöne Worte für den Mittelstand? Auch wenn die Formel manchmal allzu verlockend klingt: Wirtschaftskompetenz bemisst sich nicht an der Höhe der Steuersätze für Unternehmen oder einer möglichst geringen Staatsquote. Wer, wenn nicht die SPD, hat dies in den vergangenen Jahren am schmerzhaftesten erfahren müssen? Trotz massiver steuerlicher Entlastung, trotz satter Gewinne für viele Unternehmen ist die politische Rendite für die SPD seit Jahren negativ. Nicht nur 2013, schon 2009 und – wenn wir ehrlich sind – auch schon 2005.

Deshalb muss wirtschaftliche Kompetenz für die SPD wieder bedeuten, mit unserem gesellschaftspolitischen Kompass verbunden zu bleiben. *Das* aber – und hier ist viel verschüttete Erfahrung und Erkenntnis wieder hervorzuholen – ist auch ökonomisch ganz und gar kein Gegensatz!

2. Auf die Investitionen kommt es an

Im Gegensatz zu anderen Parteien hat die SPD in unterschiedlichen Regierungsbeteiligungen in den letzten Jahren nicht diffuse Steuersenkungsversprechen diskutiert, sondern die insgesamt stärksten Entlastungen für Unternehmen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland tatsächlich ins Werk gesetzt. Begründet nicht als Selbstzweck, sondern vor allem um Investitionsanreize für Unternehmen zu verbessern und damit die ökonomische Zukunftsfähigkeit des Landes über den Wahltag hinaus langfristig zu sichern. Gleichwohl – und hierauf verweist gerade Sigmar Gabriel eindringlich – ist gerade die Investitionstätigkeit in Deutschland nicht befeuert worden, sondern im Gegenteil, seit Jahren rückläufig:

- Lag die Investitionsquote in Deutschland im Jahr 2000 noch bei über 21 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, ist sie heute auf etwa 17 Prozent gesunken.¹ Rechnet man die Investitionen zum Erhalt des Kapitalstocks heraus (Nettoinvestitionen), investiert Deutschland gerade noch 3 Prozent seiner Wirtschaftsleistung. Bei unseren Nachbarn in Österreich liegen die Investitionen bei 10 Prozent, in Schweden oder Belgien immerhin noch bei 7 Prozent der Wirtschaftsleistung.²
- Seit 2000 haben die Euroländer im Durchschnitt mehr Wirtschaftswachstum erzielt als Deutschland. Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) zeigen, dass Deutschland im internationalen Vergleich eine durchschnittliche Investitionslücke von jährlich 3 Prozent der Wirtschaftsleistung aufweist – ein Betrag von 75 Milliarden Euro, der fehlt, jedes Jahr.³
- Während die Gesamtheit der Unternehmen in Deutschland vor 20 Jahren noch fast die Hälfte der Gewinne wieder ins Unternehmen steckte, sind es heute oftmals nicht einmal mehr als 10 Prozent, obwohl die Gewinne der Unternehmen im gleichen Zeitraum anstiegen – um mehr als das Doppelte.⁴
- Noch verheerender ist der Investitionsstau bei den öffentlichen Investitionen: Seit 2000 sind die Nettoinvestitionen rückläufig, seit 2003 sogar negativ. Das bedeutet, dass die staatlichen Investitionen nicht einmal mehr ausreichen, um den Substanzverlust aufzuhalten.
- Trotz der größten steuerlichen Entlastung in der Geschichte, trotz einer massiven Lohnzurückhaltung liegt Deutschland bei der Investitionsquote seit über zehn Jahren mit am unteren Ende in der Euro-Zone.

¹ Vgl. Statistisches Bundesamt: <http://de.statista.com/>

² DIHK (2014)

³ DIW (2013)

⁴ Vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund (2011)

- Der Substanzverzehr schreitet seit über 10 Jahren voran. Von 20 Prozent auf 0,5 Prozent der Wirtschaftsleistung ist das Reinvermögen des Staates geschrumpft, unwiderruflich künftigen Generationen entzogen. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag spricht sogar von einem strukturellen Defizit, das bis zum Jahr 2000 zurückreicht und schätzt, dass gut ein Viertel der Investitionslücke geschlossen wäre, wenn der Staat zumindest die jährlichen Abschreibungen auf seine Infrastruktur in Höhe von über 60 Milliarden Euro ersetzen würde.⁵

Investitionen sind das ökonomische Verbindungsglied zwischen Gegenwart und Zukunft. Wer nicht mehr investiert, hat das Vertrauen auf Wachstum verloren, Hoffnung auf Erfolg und Entwicklung aufgegeben. Daher ist der Befund über die ökonomische Wirklichkeit so alarmierend!

Deutschland ist an vielen Orten eine Bröckelrepublik geworden, während in der Privatwirtschaft die guten Renditen nicht ihren Möglichkeiten entsprechend in realwirtschaftliche Aktivitäten geflossen sind. Es wird viele Jahre und eine gemeinsame große Kraftanstrengung brauchen, die ökonomische Zukunftsfähigkeit des Landes zu sichern: Im Bereich der Verkehrsinfrastruktur, im Bildungssystem, der Sozialsysteme und natürlich auch beim ökologischen Strukturwandel und der Energieversorgung.⁶

Zwei Herausforderungen sind hierbei zentral:

- Erstens, die öffentlichen Investitionen müssen wieder auf ein zukunftsfähiges Niveau gehoben werden.
- Zweitens, die SPD muss wieder eine Form der Wirtschaftspolitik entwickeln, die auf eine Stärkung privater Investitionstätigkeit in Deutschland abzielt.

Allerdings: während die Unternehmen und der Staat augenscheinlich das gleiche Ziel verfolgen, unterscheiden sich die Anforderungen, dieses Ziel zu erreichen, fundamental

3. Öffentliche Investitionen: Eine Frage der Finanzierung

So geht es bei den **öffentlichen Investitionen** vor allem um die Frage, wie zusätzliche Investitionen *finanziert werden können*. Keiner weiß dies so gut, wie die sozialdemokratischen Finanzminister der Länder und die Kämmerer in den Städten und Gemeinden. Richtigerweise

⁵ Vgl. DIHK (2014)

⁶ So lagen beispielsweise die Bildungsausgaben 2013 mit 5,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts noch immer unter dem EU-21-Durchschnitt und sogar fast ein Prozent unter dem OECD-33-Mittel. Im Bereich der Verkehrsinfrastruktur nimmt der Substanzverzehr immer schneller zu, Jahr für Jahr. Aufgrund unterlassener Investitionen bezifferte beispielsweise die Kommission „Zukunft der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung“ bereits 2012 den zusätzlichen Bedarf auf 7,2 Mrd. Euro jährlich.

hat die SPD die Finanzierungsfrage daher auch konsequent in den letzten Jahren wieder stärker gestellt und mit dem Wahlprogramm 2013 konsistente und richtige Antworten entwickelt.

Ob in Regierungsverantwortung oder in der Opposition, richtig bleibt: Wer die Handlungsfähigkeit des Staates in Zeiten der Schuldenbremse erhöhen will, muss die Einnahmen der öffentlichen Hand grundlegend verbessern. Denn auf die Frage, wie öffentlichen Investitionen finanziert werden können, gibt es für den Staat grundsätzlich nur zwei Wege: Wie in der Vergangenheit schuldenfinanziert – oder aber aus Steuern. Deshalb haben wir dafür geworben, den Spitzensteuersatz zu erhöhen, die Abgeltungsteuer zu verändern und Vermögen sowie große Erbschaften stärker heran zu ziehen. Lassen wir uns keine simple Missgunst-Debatte aufzwingen, sondern selbstbewusst deutlich machen, dass unsere Steuerpolitik wirtschaftspolitischen Zielen dient!

Zugleich ist zu konzedieren: Vor dem Hintergrund der in den vergangenen 15 Jahren aufgewachsenen Investitionslücken überfordern die heutigen Bedarfe kurzfristig eine jede Steuerpolitik. Daher sind die seit geraumer Zeit im Wirtschaftsministerium erörterten Vorschläge diskussionswürdig, Infrastrukturinvestitionen auch mit privatem Kapital zu finanzieren. So wie die öffentliche Hand Zinsen auf ihre Kredite zahlt, wären allerdings auf diesem Wege auch Dividenden gegenüber denen fällig, die ihrerseits einen Infrastrukturfonds speisen.

Weiterhin - und hierauf weist nicht zuletzt der Bundesrechnungshof mit Blick auf öffentlich-private Partnerschaften regelmäßig hin - kann diese Form der Finanzierung häufig auch die Zweitschlechteste sein.⁷ Denn gerade in Zeiten, in denen sich der Staat so günstig wie selten mit eigenen Krediten finanzieren kann, muss bei einer derartigen Konstruktion über den Umweg der öffentlich-privaten Partnerschaft darauf geachtet werden, dass die Renditeansprüche der finanzierenden Banken und Versicherungen eng an den Zinssätzen für die eigene Kreditaufnahme des Staates bleiben.

Der Charme des Vorschlags kann allerdings darin bestehen, anlagesuchendes Kapital in sinnvolle, investive Kanäle zu leiten, statt sie auf den Kapitalmärkten der Welt vagabundieren zu lassen. Wenn so zur Schließung der Interessenslücke beigetragen werden soll, braucht es aber klare Bedingungen: Mindeststandards zum Schutz der Projekte und Akteure (beispielsweise Kommunen!) sowie der Sicherung der demokratischen Entscheidung und Steuerung. Denn es darf nicht dazu kommen, öffentliche Aufgaben quasi durch die „Hintertür“ privaten Investoren zu überlassen.

⁷ Vgl. Bundesrechnungshof, z.B. Gutachten des Bundesbeauftragten für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung zum Thema Kostenmanagement im Bundesfernstraßenbau 2014.

4. Private Investitionen: Eine Frage der Nachfrage

Anders als bei den öffentlichen Investitionen wiederum, spielt die Finanzierungsfrage bei den **privaten Investitionen** nur eine geringe Rolle.⁸ Wichtiger aus Sicht vieler Unternehmer ist hingegen weiterhin zunächst die Frage, ob die zusätzliche Produktion überhaupt *genügend Abnehmer* finden wird.

Auch nach jüngsten Eurostat-Befragungen von Industrieunternehmen war die unzureichende Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen immer noch das größte Hemmnis für einen Ausbau der Produktion.⁹ Kein Wunder: Bei stagnierender Nachfrage bleiben die Kapazitäten der Unternehmen unterausgelastet, zusätzliche Investitionen lohnen sich nicht mehr.

So manchen hat erstaunt, dass eine solche Situation auch bei erfolgreichen Exportnationen wie Deutschland auftritt. Natürlich ist die wirtschaftliche Entwicklung der vergangenen Dekade wesentlich der Exportstärke unserer Industrie zu verdanken. Nur muss man heute feststellen, dass trotzdem ganz offensichtlich nur unzureichend investiert wurde. Eine Ursache des Rückgangs liegt sicher darin, dass die Exporterfolge einhergegangen sind mit der Verlagerung von Produktion und insbesondere Vorleistungsaktivitäten an externe Standorte. Dieser Prozess wird in der globalisierten Welt nur bedingt aufrechtzuerhalten sein, wenn nicht auf die immer weitere Veredelung der Produktion und Dienstleistung sowie Forschung und Entwicklung gesetzt wird. Unter den Begriffen digitale Agenda und Industrie 4.0 werden hierzu die aktuellen Herausforderungen debattiert. Ein weites Feld für zukunftsfähige private Investitionen.

Eine weitere Ursache der Investitionszurückhaltung besteht zweifelsohne in der schwachen binnenwirtschaftlichen Nachfrage. Dies zu ändern erfordert zu allererst, die Konsumnachfrage wieder stärker zum Gegenstand wirtschaftspolitischer Überlegungen zu machen und zentrale Hemmnisse ihrer Ausweitung noch klarer als bisher zu identifizieren. Der Mindestlohn ist deshalb ebenso wirtschaftspolitisch relevant wie eine aktive Lohnpolitik. Nur so ist auch zu erklären, warum derzeit viele Ökonomen und sogar die Bundesbank für höhere Löhne sprechen. Sie sind nicht plötzlich zu Gerechtigkeitsaposteln geworden, sondern sehen ganz nüchtern die Wachstumseffekte einer gestärkten Konsumnachfrage, da diese die gesamtwirtschaftliche Nachfrage steigert und damit erst die Bedingung für die Ausweitung der Unternehmensinvestitionen schafft. Löhne sind eben nicht nur Kosten. Gesamtwirtschaftlich bestimmen sie auch die Höhe der Umsätze.

Auf dieser Grundlage und bei einer stabilen Einnahmesituation der öffentlichen Haushalte ist es gut begründet, eine steuerliche Entlastung unterer und mittlerer Einkommen in den Blick zu nehmen. Populär gemacht worden ist diese Frage mit dem Begriff der kalten Progression.

⁸ Vgl. KfW (2014)

⁹ Vgl. European Commission (2014). Auch der DIHK weist regelmäßig auf das Problem unzureichender Nachfrage als Investitionshemmnis hin. Vgl. z.B. Umfrageergebnisse aus der DIHK-Konjunkturumfrage oder dem DIHK-Industriereport

Da angesichts der niedrigen Inflationsrate der „kalte Teil“ des Progressionseffekts immer weniger ins Gewicht fällt und eine einfache Steuersatzreduzierung auch signifikante Entlastungen bei hohen Einkommen zur Folge hat, muss hier ein klügerer Ansatz der Problemlösung gewählt werden. Klar ist nur: Eine weitere Entlastung für Spitzeneinkommen würde wohl weniger die gesamtwirtschaftliche Nachfrage, wohl aber die Ungleichheit in Deutschland weiter stärken.

Wir brauchen aber genau das Gegenteil: die auch wachstumspolitisch relevante Entlastung unterer und mittlerer Einkommen kann und muss durch einen Beitrag der hohen Einkommensempfänger gegenfinanziert werden! Hierfür können durchaus auch die Erträge aus einer Abschaffung der Abgeltungsteuer mit herangezogen werden. Die Abgeltungsteuer gehört in jedem Fall spätestens seit der internationalen Verständigung über die Abschaffung des sogenannten Bankgeheimnisses durch einen automatischen Informationsabgleich in das Museum der steuerpolitischen Geschichte. Arbeit höher zu besteuern als Kapital war für Sozialdemokraten immer ein steuerpolitischer Fehlanreiz, der auch bei Notwendigkeit der Bekämpfung der Kapitalflucht nur temporär zu rechtfertigen war. Die Abschaffung der Abgeltungsteuer durch Überführung der Besteuerung von Zinsen und Dividenden in die normale Einkommensteuer gehört jedenfalls heute in jedes moderne Programm der SPD.

Insgesamt verweisen diese Entwicklungen auf die Tatsache, dass seit 2000 erhebliche Verteilungseffekte aufgetreten sind. Das ist vielfach belegt: durch das Absenken der Lohnquote gegenüber den Gewinneinkommen, die Entwicklung des Gini-Koeffizienten als Indikator für zunehmende Ungleichheit, eine Vielzahl von OECD-Studien oder im Armuts- und Reichtumsbericht der letzten Bundesregierung, an dem die FDP ihren Umgang mit Fakten und Wahrheit umfänglich belegen konnte.

Ökonomisch gesprochen hat diese vielfach als „Umverteilung von unten nach oben“ beschriebene Entwicklung mit ihrem starkem Anstieg der Gewinneinkommen sowie auch dem recht neuen Phänomen der Exzesseinkommen der sog. working rich (Emanuel Saez) zu einem steigenden Einkommensanteil geführt, der in der Realwirtschaft gar keine Verwendung mehr finden konnte.

Genau dies konnten wir in den letzten Jahren beobachten. So ist in Deutschland die Sparquote nicht zuletzt aufgrund der ungleichen Lohn- und Gewinneinkommen in den letzten Jahren erneut stark gestiegen. Allerdings mit fatalen ökonomischen Folgen, die nicht nur in einer allgemein schwachen gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und damit schwachen Investitionstätigkeit, sondern eben auch in den verheerenden Spekulationsexzessen zum Ausdruck kamen.

Aus dieser Entwicklung hat die SPD vielseitige und richtige Schlüsse gezogen: wir haben die notwendig Reduzierung, der gerade spekulativ ausgerichteten Finanzwirtschaft gegenüber der Realwirtschaft in den Mittelpunkt gestellt, um die Renditeansprüche wieder in ein vernünftiges Verhältnis zu bringen. Erhöhte Eigenkapitalanforderung, Trennbankensystem, Fi-

nanztransaktionssteuer und anderes haben ihrerseits das wirtschaftspolitisch vernünftige Ziel, den Preis der reinen Finanzspekulationen zu erhöhen und somit das „level playing field“ im Verhältnis zur Anlagenrentabilität in der Realökonomie wieder herzustellen.

Diese Vorschläge sind im Programm der SPD, auch und gerade zur letzten Bundestagswahl, zentral enthalten und bilden neben den steuerpolitischen Vorschlägen die wesentliche Voraussetzung und das Fundament für eine kompetente und erfolgsversprechende Wirtschaftspolitik.

5. Wirtschaftliche Prosperität setzt richtige Verteilung voraus

Wer also über die Stärkung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und damit über die ökonomische Zukunftsfähigkeit unseres Landes nachdenkt, darf die Frage der Ungleichheit nicht aussparen. Hierauf hat unlängst auch Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz richtigweise hingewiesen und damit ein weitverbreitetes wirtschaftspolitisches Missverständnis benannt: Die falsche Vorstellung, eine kluge Wirtschaftspolitik sei allein auf imaginäre Wachstumskräfte gerichtet und würde so quasi automatisch Gerechtigkeit herstellen.

Die Auswertung historischer Daten zeigen, dass Volkswirtschaften mit mehr Gleichheit nicht nur glücklicher sind,¹⁰ sondern, so der Internationalen Währungsfonds (IWF), auch schneller wachsen als Volkswirtschaften, die eine starke Ungleichheit aufweisen.¹¹ Auch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) kommt zu ähnlichen Ergebnissen. So hätte beispielsweise eine gleichmäßigere Entwicklung der Lohn- und Gewinneinkommen allein in den letzten Jahren nach DIW-Berechnungen zusätzlichen Konsum in Höhe von bis zu zehn Milliarden Euro im Jahr in Deutschland freigesetzt und damit das Wachstum auf ein deutlich breiteres Fundament gestellt.¹²

Dieser Befund ist wesentlich. Denn in keinem anderen Land der Eurozone sind die Vermögen so ungleich verteilt wie in Deutschland. Gleichzeitig hat die Ungleichheit in keinem anderen Land der OECD in den letzten Jahren so zugenommen - mit gravierenden Folgen. Den generellen Trend führt uns aktuell insbesondere der französische Ökonom Thomas Piketty mit seiner großartigen empirischen Arbeit eindrücklich vor Augen:¹³ Erträge aus Vermögen wachsen in aller Regel schneller als die Gesamtwirtschaft.

Dies wiederum konterkariert nicht nur den Leistungsgedanken unserer sozialen Marktwirtschaft, indem nämlich leistungslose Einkommen schneller wachsen als gewöhnliche Arbeits-einkommen. Es sorgt auch dafür, dass die Konzentration hoher Einkommen und Vermögen

¹⁰ Vgl. Wilkinson/Pikett (2010)

¹¹ Vgl. Ostry et.al. (2014)

¹² Vgl. DIW (2012)

¹³ Vgl. Piketty (2014)

und damit der Abstand zwischen der arbeitenden Mittelschichtsgesellschaft und einer kleinen Gruppe der Superreichen immer weiter zunehmen.

Eine Wirtschaftspolitik aber, die zulässt, dass sich der wirtschaftliche Reichtum auf eine immer kleinere Gruppe konzentrieren kann sorgt auch dafür, dass sich die wirtschaftliche Ordnung dann immer stärker entsprechend der Vorstellung eben dieser kleinen Gruppe entwickelt. Plutonomie – die Herrschaft der Wohlhabenden – nennt der Aktienanalyst Kapur von der Citibank dieses Phänomen schon 2005 erstmals in einer Studie und deutet mit Blick auf die Entwicklung in den USA an, welchen gravierenden Einfluss diese Gruppe auf Konjunkturverlauf, Preisbildung und Nachfrage haben kann.¹⁴

6. Es geht auch um unsere Demokratie

Auch Piketty nimmt in seinen Untersuchungen das Verhältnis von Wachstum, Verteilung und Politik in den Blick. Sein beunruhigendes Urteil: Würde sich die abzeichnende Verteilung so weiter entwickeln, stünden wir vor einer oligarchischen Gesellschaft, in der die wenigen Reichen und Wirtschaftskapitäne auch die politisch Einflussreichen und vielleicht auch bald Mächtigen sind. So verstanden bedroht die Konzentration der Vermögen in den Händen Weniger nicht nur wie beschrieben die arbeitende Mittelschichtsgesellschaft, sondern inzwischen die eigentliche Grundlage unserer westlichen Demokratie.

Wie diese schleichende strukturelle Veränderung in unserer Gesellschaft sich auch schon heute in den täglichen politischen Auseinandersetzungen zeigt, hat die Kampagne des von einflussreichen und finanzkräftigen Unternehmerfamilien finanzierten Verbandes der Familienunternehmer gegen die Wiedereinführung der Vermögensteuer im Bundestagswahlkampf gezeigt. Und auch der permanente Lobbyismus der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), des BDI und natürlich immer wieder des Verbandes Die Familienunternehmer (ASU) gegen den Mindestlohn, hat dies gezeigt.

Jürgen Kocka und Wolfgang Merkel nennen eine weitere Folge der, wie sie es nennen, „Drohungen der reicheren Schichten“: Die Idee der Umverteilung verliere die Unterstützung der sozialdemokratischen Parteien, die infolgedessen die politische Mobilisierung der Unterschichten vernachlässigten.¹⁵ Auch wenn deshalb natürlich nicht die Vielzahl der arbeitenden Menschen mit normalen Erwerbseinkommen politisch zurückgesetzt werden darf, ist das ein Befund, der durch Wahlanalysen durchaus belegbar ist.¹⁶

¹⁴ Vgl. Kapur et. al (2005)

¹⁵ Vgl. Kocka/Merkel (2014)

¹⁶ Vgl. Petersen/Hierlemann/Vehrkamp/Wrati (2013)

7. Wirtschaftskompetenz ist das, was wir daraus machen

Zukünftig darf es in der wirtschaftspolitischen Debatte nicht darum gehen, ob Wachstum statt Gerechtigkeit oder auch Gerechtigkeit statt Wachstum Priorität genießt. Stattdessen muss zusammengehalten werden, was zusammen gehört.

Scheinbare Gegensätze, die in Forderungen zum Ausdruck kommen, man müsse sich auch für das Erwirtschaften zuständig fühlen, um überhaupt für eine gerechte Verteilung dessen sorgen zu können, was erwirtschaftet worden ist, versperren dabei eher den Blick für das Wesentliche: Eine vernünftige Verteilungspolitik ist nicht Gegensatz, sondern Voraussetzung für eine vernünftige Wachstumspolitik!

Die SPD will die reale Wirtschaft stärken und gute Arbeitsplätze schaffen. Das ist für uns wichtig und nicht trivial. Aber machen wir uns nichts vor: Der Begriff der Wirtschaftskompetenz ist hoch politisch und wird von interessierter Seite gern missbraucht. Wer suggeriert, es gäbe die *eine* vernünftige Wirtschaftspolitik – frei von politischer Richtung und Interesse – entpuppt sich meistens schnell als Bestandsgarant des aktuellen wirtschaftspolitischen Mainstreams. Wer nach zehn Jahren der Entstaatlichung die „richtige“, ideologiefreie Kombination von Markt und Staat anmahnt und gleichzeitig ein neues Denken wieder einmal im *Setzen richtiger Anreize* sieht, der läuft Gefahr, 'im Morast des alten Denkens' stecken zu bleiben.

Deshalb müssen wir den auch ökonomisch-systematisch bestehenden Zusammenhang von Wachstum und Verteilung im Zentrum unserer Konzepte und unserer Programme belassen. Wenn man zwei Seiten derselben Medaille trennen will, zerstört man den Wert der Münze. So verhält es sich auch zwischen Wirtschaft und Verteilung in Bezug auf unsere wirtschaftspolitische Kompetenz. Jede Entpolitisierung der Wirtschaftspolitik ist dabei ein Sargnagel für die Mobilisierungs- und Diskursfähigkeit der SPD. Denn nur wenn deutlich wird, dass Zukunft gestaltbar ist, lässt sich das Missverständnis der wirtschaftspolitischen Alternativlosigkeit dauerhaft überwinden.

Dass dabei in den Augen derjenigen, die selbst einer bestimmten, vielfach als neoliberal beschriebener Form der Wirtschaftspolitik überhaupt erst zum Mainstream verholpen haben, jegliche Abweichung dieser Wirtschaftspolitik eine Art Kompetenzverlust bedeuten, ist ökonomisch so falsch wie politisch einleuchtend. Gerade in der Arena der Wirtschaftspolitik geht es, wie wohl in kaum einem anderen Politikfeld um Macht, Einfluss und die Durchsetzung unterschiedlichster Interessen.

Dies wiederum bedeutet für uns: Gegenhalten! Die Stärkung der Wirtschaftskompetenz beginnt zunächst mit der Rückgewinnung der *Deutungshoheit* dessen, was überhaupt als Wirtschaftskompetenz verstanden werden soll – ganz im Sinne von Sigmar Gabriels Analyse nach

Bundestagswahl 2009.¹⁷ Anders ausgedrückt: Machen wir nicht den Fehler, den politischen Gegner von heute mit seinen Rezepten von gestern zu kopieren. Machen wir besser stattdessen das, was wir uns seit 2009 erarbeitet haben zum Profil und zur 'langen Linie' der SPD.

Literatur

BBV (2014): *Gutachten des Bundesbeauftragten für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung über das Kostenmanagement im Bundesfernstraßenbau*

DGB (2011): *Weniger Investitionen trotz höherer Unternehmensgewinne.*
Klartext Nr. 08/2011

DIHK (2014): *Investitionsschwäche in Deutschland.* DIHK-Schlaglicht Wirtschaftspolitik, Sommer 2014

DIW Wochenbericht (2012): *Umverteilung und Sparen.* Nr. 22. 2012

DIW Wochenbericht (2013): *Investitionen für mehr Wachstum – Eine Zukunftsagenda für Deutschland.* Nr. 26.2013

European Commission (2014): *The Joint Harmonised EU Programme of Business and Consumer Surveys.* User Guide.

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel (2014): *Die Bedeutung von Vorleistungsimporten und nicht-preislicher Wettbewerbsfähigkeit für den deutschen Leistungsbilanzsaldo.* Forschungsstudie im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen

Kapur, Ajay et al. (2005): *Plutonomy: Buying Luxury, Explaining Global Imbalances.* Citibank Industry Note

KfW (2014): *Finanzstark, energiebewusst, standortsensibel.* KfW-Unternehmensbefragung

Kocka/Merkel (2014): *Neue Balance gesucht Gefährdet der Finanzkapitalismus die Demokratie?* WZB Mitteilung, Heft 144, Juni 2014

Ostry, Jonathan D. et.al. (2014): *Redistribution, Inequality, and Growth.* IMF Staff Discussion Note

Petersen, Thomas/ Hierlemann, Dominik/ Vehrkamp, Robert B./ Wrati, C. (2013): *Gespaltene Demokratie. Politische Partizipation und Demokratiezufriedenheit vor der Bundestagswahl 2013,* Gütersloh

Pickett, Kate/Wilkinson, Richard (2010): *Gleichheit ist Glück: Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind.*

Piketty, Thomas (2014): *Capital in the Twenty-First Century*

¹⁷ Sigmar Gabriel auf dem SPD-Bundesparteitag der SPD am 13. November 2009 in Dresden: „Wenn es eine Lehre aus der Wahlniederlage gibt - bei uns und in anderen Teilen der Welt -, dann die, dass sich die SPD nie anderer Leute Deutungshoheit anpassen darf, sondern dass wir immer um unsere Deutungshoheit kämpfen müssen.“